



Landesrechnungshof
Schleswig-Holstein



Bemerkungen 2023

Bericht zur Aktuellen Haushaltslage

Kiel, 22. Juni 2023

Aktuelle Haushaltslage

Die Ausgaben des Landes sind überproportional gestiegen. Und sie sind in hohem Maße durch Notkredite finanziert. Das ist keine solide Haushaltspolitik.

Hohe Schulden, steigende Zinsen und gesunkene Einnahmeerwartungen werden das Finanzproblem in den nächsten Jahren weiter verschärfen.

Die Finanzplanung der Landesregierung muss sich daher künftig wieder stärker an den tatsächlichen Einnahmen orientieren.

1.1 Haushalt 2023: Mehrausgaben von 2,2 Mrd. €

Der Haushalt 2023 zeigt, dass das Land ein Ausgabenproblem hat.

Die Landesregierung plant mit Ausgabensteigerungen von 2,2 Mrd. €. Hohe Mehrausgaben gibt es bei den Zuweisungen und Zuschüssen (+905 Mio. €) sowie den Personalausgaben (+255 Mio. €):

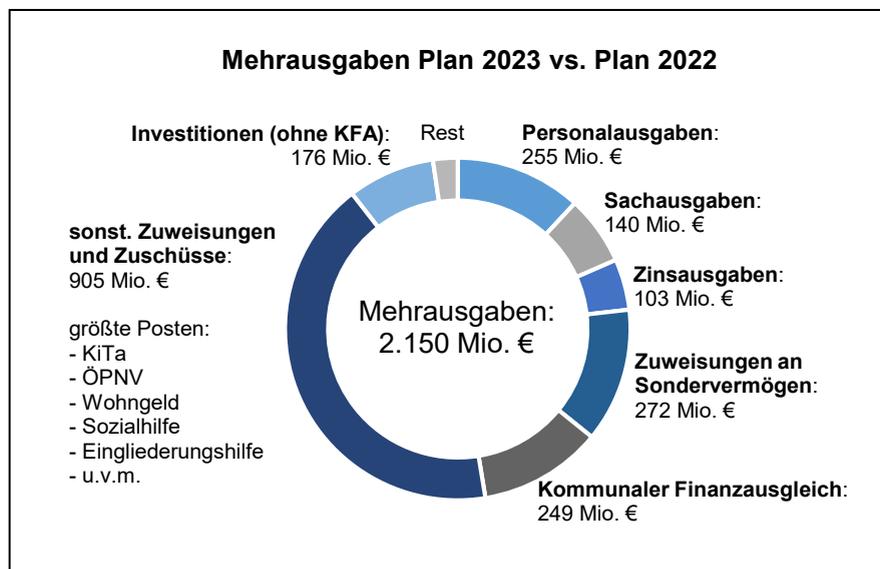


Abbildung 1: Quelle LRH.

Durch diese Mehrausgaben entsteht ein Finanzierungsdefizit von 947 Mio. €.

Eckdaten Haushaltsplan 2023 (Mio. €)

	Plan 2022	Ist 2022	Plan 2023
Bereinigte Ausgaben , davon:	14.570	17.422	16.720
Personalausgaben	4.982	4.842	5.237
Sächliche Verwaltungsausgaben	903	879	1.043
Zinsausgaben	377	354	481
Zuweisungen an Sondervermögen	73	1.615	345
Kommunaler Finanzausgleich	2.028	2.451	2.277
sonst. Zuweisungen und Zuschüsse	4.650	5.968	5.554
Investitionen (ohne KFA)	1.523	1.313	1.698
sonst. Ausgaben	35	0	85
./. Bereinigte Einnahmen , davon:	13.898	16.990	15.774
Steuereinnahmen	11.615	12.946	12.872
Vorsorge Steuermindereinnahmen	0	0	-254
Steuerähnliche Abgaben	53	59	50
Verwaltungseinnahmen	456	756	659
Zuweisungen und Zuschüsse	1.776	3.229	2.316
Sonstige Einnahmen	-1	0	133
= Finanzierungsdefizit , finanziert durch:	672	432	947
Nettokreditaufnahme	-259	-2.318	372
Rücklagenentnahme	931	2.750	575

Quelle: LRH. Bei eigener Summenbildung können Abweichungen infolge von Rundungen auftreten. Datengrundlage: Haushaltspläne 2022 und 2023, Rechnungswesen des Landes.

Dieses Defizit soll überwiegend durch neue Kredite finanziert werden: Neben einer konjunkturellen Nettokreditaufnahme greift das Land auf kreditfinanzierte Rücklagen zurück. Diese wurden durch Notkredite (Ukraine und Corona) gespeist.

1.2 **Kaum Überraschungen bei der Steuerschätzung**

Nach der aktuellen Steuerschätzung könnten die Steuereinnahmen 2023 um 376 Mio. € gegenüber dem Plan sinken. Die niedrigeren Steuereinnahmen gehen überwiegend auf die steuerlichen Entlastungspakete des Bundes zurück. Die Landesregierung hatte diesen Steuerrechtsänderungen 2022 im Bundesrat zugestimmt¹ und dafür im Haushalt 2023 bereits Vorsorge in Höhe von 254 Mio. € getroffen. Unter dem Strich verbleibt damit ein Minus von aktuell 122 Mio. €.

Die aktuelle Steuerschätzung engt den Spielraum im Haushalt 2023 daher ein, wenn auch nur geringfügig. Zudem rechnet die Landesregierung mit Kostensteigerungen durch die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst, welche die Finanzierungslücke noch vergrößern dürften. Diese Lücke will die Landesregierung durch Einsparungen im laufenden Haushalt und eine höhere konjunkturelle Kreditaufnahme schließen.

¹ Vgl. Bundesrat, Plenarprotokoll der 1028. Sitzung vom 25.11.2022, S. 470f.

1.3 Folgen für die weitere Finanzplanung ab 2024

In den Folgejahren 2024 bis 2027 geht ein Großteil der erwarteten Mindereinnahmen ebenfalls auf die steuerlichen Entlastungspakete 2022 zurück. Auch deren Auswirkungen hat das Finanzministerium in seiner Finanzplanung bereits durch entsprechende Vorsorgeposten berücksichtigt, so dass das Steuerminus durchschnittlich 200 Mio. € pro Jahr beträgt.

Einen Teil dieser Mindereinnahmen kann das Land an die Kommunen weiterreichen. Denn mit sinkenden Steuereinnahmen gehen auch die Ausgaben des Landes für den kommunalen Finanzausgleich zurück. Im Ergebnis verbleiben beim Land durchschnittliche Mindereinnahmen von 70 Mio. € jährlich.

Insgesamt übersteigen die Ausgaben die Einnahmen nach den Planungen des Finanzministeriums bis 2027 deutlich. Die finanziellen Herausforderungen sind aber nicht überraschend aufgetreten: Schon vor der Steuerschätzung rechnete das Finanzministerium mit nicht durch laufende Einnahmen gedeckten Ausgaben von durchschnittlich 526 Mio. € jährlich.

Die hohen Ausgaben des Landes und die Ergebnisse der jüngsten Steuerschätzung verschärfen das Problem zusätzlich:



Abbildung 3: Ungedeckte Ausgaben bis 2027 als Summe aus Handlungsbedarf und Finanzierungsdefizite.

Quellen: Eckwerte des Finanzministeriums für die Finanzplanungen 2023 (hellblau) sowie die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung abzüglich Vorsorge für Steuerrechtsänderungen und Minderausgaben für den KFA lt. Medieninformation des Finanzministeriums (dunkelblau).

Hier wird deutlich, dass die ungedeckten Ausgaben überwiegend vor der Mai-Steuerschätzung 2023 bestanden. Sie werden vom Finanzministerium

in der mittelfristigen Finanzplanung zwar beschrieben, aber nicht aufgelöst.

1.4 Steigende Zinsen treffen auf hohe Schulden

Seit 2017 hat Schleswig-Holstein 5 Mrd. € zusätzliche Schulden aufgenommen. Ende 2022 betrug die Verschuldung des Landes 31,2 Mrd. €.

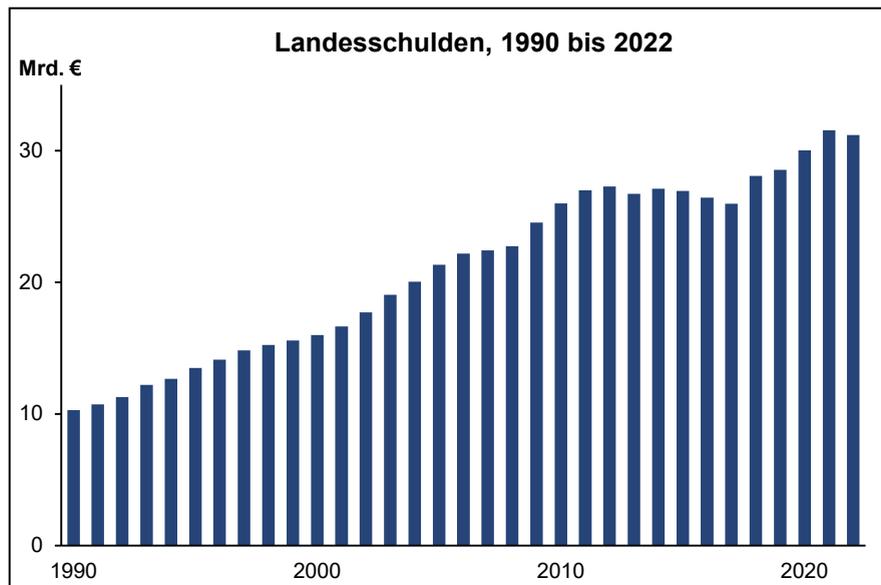


Abbildung 4: Quelle LRH. Datengrundlage: Umdruck 20/1435.

Dieser hohe Schuldenstand trifft nach einer Phase stetig sinkender Zinsausgaben auf einen abrupten Zinsanstieg. Derzeit muss das Land für neue Kredite rund 3 % an Zinsen bezahlen. Da dies deutlich über der bisherigen Durchschnittsverzinsung der Altkredite von 1,1 % liegt, werden die Zinsausgaben des Landes in den nächsten Jahren steigen.

Das Finanzministerium rechnet im laufenden Jahr bereits mit Zinsausgaben von 481 Mio. €, ein Anstieg von 127 Mio. € gegenüber dem Vorjahr. Bis 2032 plant das Finanzministerium mit einer Verdreifachung auf mehr als 1,3 Mrd. €.

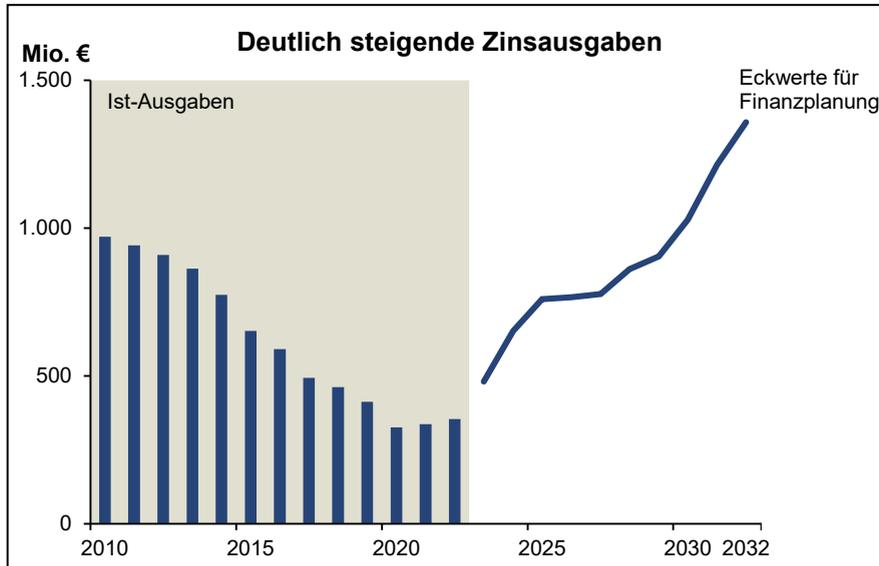


Abbildung 5: Quelle LRH. Datengrundlage: Umdruck 20/1435; Drucksache 20/764.

Das Land müsste 2032 damit fast 7 % seiner Ausgaben für den Schuldendienst reservieren - und damit anteilig mehr als doppelt so viel wie im laufenden Haushaltsjahr.

Die beste Vorsorge gegen steigende Zinsausgaben sind geringere Schulden. Über 200 Mio. € der für 2032 geplanten Zinsausgaben gehen allein auf das Konto der seit 2017 hinzugekommenen Verschuldung. Daher verträgt der Landeshaushalt keine neuen Schulden.

1.5 Fazit

Neben den steigenden Zinsausgaben kommen weitere Herausforderungen auf das Land zu, beispielsweise Klimaschutz, Fachkräftemangel, Digitalisierung, steigende Versorgungslasten und die Sanierung der Infrastruktur.

Diese Aufgaben sollte das Land aus laufenden Einnahmen finanzieren, da zusätzliche Kredite noch höhere Zinsausgaben auslösen. Bereits jetzt plant das Land bis 2030 mit Zinsausgaben von mehr als einer Milliarde Euro.

Um auch zukünftig die Handlungsfähigkeit des Staates zu sichern, ist eine Priorisierung der Ausgaben und ein Konzept für einen langfristig tragfähigen Landeshaushalt notwendig. Denn neue Staatsaufgaben können nicht dauerhaft mit neuen Schulden finanziert werden. Dies wäre weder nachhaltig noch generationengerecht.

Das **Finanzministerium** betont, dass neben steuerlichen Entlastungspaketen weitere „bundespolitische Beschlüsse“ wie die Wohngeldreform, das

Deutschlandticket oder die Ganztagsförderung an Grundschulen zu höheren Belastungen für den Landeshaushalt führen.

Der **LRH** weist darauf hin, dass die Landesregierung diesen Beschlüssen im Bundesrat zugestimmt hat¹ - in Kenntnis der finanziellen Auswirkungen für das Land Schleswig-Holstein.

¹ Vgl. Archiv der Abstimmungsergebnisse der Landesregierung im Bundesrat, abrufbar unter https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/ministerien-behoerden/LVB/Aufgaben/archiv_abstimmungen.html.